

Stürmischer Protest gegen Pillnitz-Eintritt

Bei einer Versammlung prallte gestern Abend die Bürger-Wut auf einen beharrlichen Schlosschef.



Hausherrin Andrea Dietrich erläutert die Pläne der Schlösserverwaltung zum Eintritt in den Pillnitzer Schlosspark.

Foto: André Wirsig

Nichts mehr ist in Pillnitz wie vorher. Die Pläne, für den Schlosspark künftig zwei Euro Eintritt zu verlangen, haben aus friedlichen Anwohnern stürmische Protestierer gemacht. Ungeduldig scharren sie gestern bei einer eigens einberufenen Bürgerversammlung im Kuppelsaal von Schloss Pillnitz mit den Füßen, bis sie nach einer Stunde Wartezeit endlich reden dürfen.

Schlösserchef Christian Striefler hatte offenbar angenommen, dass am Ende doch nicht so viele kommen würden,

doch die Stühle reichten gerade mal für ein Viertel der Besucher. Hunderte Dresdner ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, ihrem Unmut Luft zu machen.

Beistand aus Berlin

„In Pillnitz nach Jahrhunderten mit freiem Zugang nun plötzlich Eintritt zu verlangen, kommt einem Dammbbruch gleich“, sagt Thomas Herrmann. In Dresden herrsche eine eklatante Ungleichbehandlung. Eine mittelprächtige Fußballmannschaft werde mit Steuergeld exquisit finanziert. „Und hier sollen die Bürger bezahlen.“ Der Freistaat möge doch versuchen, private Sponsoren zu gewinnen, die sich an der Finanzierung von Schloss und Park Pillnitz beteiligen könnten.

Der Loschwitzer Ortsbeirat Otto Rüdiger Wenzel (SPD) empört sich vor allem über den Umgang mit den Bürgern seitens des Freistaats. „Es macht mich wütend, dass uns hier etwas vorgesetzt wird, worauf wir keinen Einfluss mehr haben“, ruft er in den Saal und erntet tosenden Applaus. „Und dagegen müssen wir uns mit allen legalen Mitteln wehren“, legt er nach.

Die Vertreter des Staatsbetriebs Schlösser und Gärten haben keine Chance gegen den versammelten Unwillen der Dresdner. Hintersinnig hatte die Schlösserverwaltung Michael Rohde, den Gartendirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) eingeladen - Schützenhilfe aus Berlin. Dessen Aufgabe: Den Bürgern erklären, wie aufwendig solche Parkanlagen zu pflegen seien und dass auch in seinem Bereich kein Geld dafür vorhanden ist. Der Staat müsse eben sparen und deshalb Eintritt verlangen. Doch die ohnehin aufgebrachten Besucher wollen sich nicht länger von ihm hinhalten lassen. „Wir sind doch nicht auf der Wurstbrühe hergeschwommen“, kommt es aus dem Publikum. Jeder wisse doch, dass Parks pflege brauchen. Rohde musste klein begeben und bricht seinen Vortrag unter Beifall schließlich ab. „Ich würde mich freuen, wenn von dieser Versammlung ein Impuls ausgeht, möglicherweise einen Förderverein für den Erhalt sächsischer Parks zu gründen“, sagt Schlösser-Chef Christian Striefler.

„Warum haben Sie den denn nicht längst gegründet“, wird aus dem Saal gefragt. Annette Jahns aus dem Publikum gibt zu bedenken, dass man mit dem Eintritt bestimmte Dresdner definitiv ausschlieÙe und das Gemeinwesen immer weiter abgeschafft werde. „Mit dieser Politik produzieren Sie Ihre Wutbürger“, schleudert ein älterer Herr, der sich von Dölzchen aus auf den weiten Weg zur Bürgerversammlung gemacht hatte, den Verantwortlichen entgegen. „Von den derzeitigen zehn Ein- und Ausgängen stehen dann nur noch drei Zugänge zur Verfügung“, sagt ein Elbhanganwohner. „Damit schränken Sie die Bewegungsfreiheit der Pillnitzer ein.“ Egbert Starkloff sieht gar einen Verfassungsbruch heraufziehen, wenn der geplante Eintritt komme: „Der Zugang zum Schlosspark ist Bestandteil unseres Siedlungsraumes und den muss die Politik im Freistaat verfassungsgemäß sicherstellen.“

Zwei Euro als Einstiegsdroge

Nur wenige der Angesprochenen waren gekommen. Für die Regierungskoalition mühten sich die Landtagsabgeordneten Christian Piwarz (CDU) und Carsten Biesok (FDP) vergeblich, Verständnis für den Parkeintritt zu erzeugen. „Wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt erreichen und zusätzliche Einnahmen für den Freistaat erzielen“, sagt Biesok. Bei geschätzten 600000 bis 800000 Besuchern pro Jahr sind das 1,2 bis 1,6 Millionen Euro an Einnahmen. Die Dresdner Schlösser-Direktorin Andrea Dietrich hatte zuvor nur von einem jährlichen Mehrbedarf von rund 500000 Euro gesprochen. Piwarz warnte indes davor, der Illusion zu unterliegen, dass die Bereiche, in denen die Haushaltskürzungen erfolgt sind, wieder mehr Geld erhielten. Oppositionspolitikerin Eva-Maria Stange (SPD) greift den Staatsbetrieb frontal an. „Offenbar haben die Verantwortlichen den Preis mit zwei Euro niedrig angesetzt, weil sie ein schlechtes Gewissen gegen über den Dresdnern haben“, sagt sie. „Aber wir wissen alle, dass das nur eine Einstiegsdroge ist.“

Von Kay Haufe und Tobias Wolf

Sächsische Zeitung vom 20.01.2012